

- 2 **Inflation** Zwölf Euro Mindestlohn sind unproblematisch
- 3 **Digitalisierung** Betriebsräte modernisieren die Mitbestimmung
- 4 **Europa** Lückenhafte Grundsicherung
- 6 **Gender** Mehr Hauptverdienerinnen

NATIONALER WOHLFAHRTSINDEX

Corona kostet 50 Milliarden an Wohlstand

Der Wohlstand ist in der Coronakrise zurückgegangen – allerdings weniger stark, als der Einbruch des BIP vermuten lässt. Denn gesellschaftlicher Wohlstand ist mehr als Wachstum.

Die Coronakrise hat die deutsche Wirtschaft erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Auch der gesellschaftliche Wohlstand ging im ersten Jahr der Pandemie zurück, wenn auch weniger stark als das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Das zeigt der Nationale Wohlfahrtsindex (NWI). Der im NWI gemessene Wohlstand ging 2020 um 3,5 Prozent zurück, das BIP sank um 4,6 Prozent.

Der NWI wird von Benjamin Held, Dorothee Rodenhäuser und Hans Diefenbacher vom Institut für Interdisziplinäre Forschung berechnet und vom IMK gefördert. In den Index gehen 21 Einzelkomponenten ein, darunter auch Variablen zur Umweltbelastung, sozialen Situation und Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland. Damit zeigt er ein umfassenderes Bild von Wohlstand als das BIP, das nur den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen misst.

Weil etwa Mobilität und Wirtschaftstätigkeit in der Coronakrise zurückgingen, verringerten sich umweltschädliche Effekte wie die Emission von Schadstoffen. Indirekt

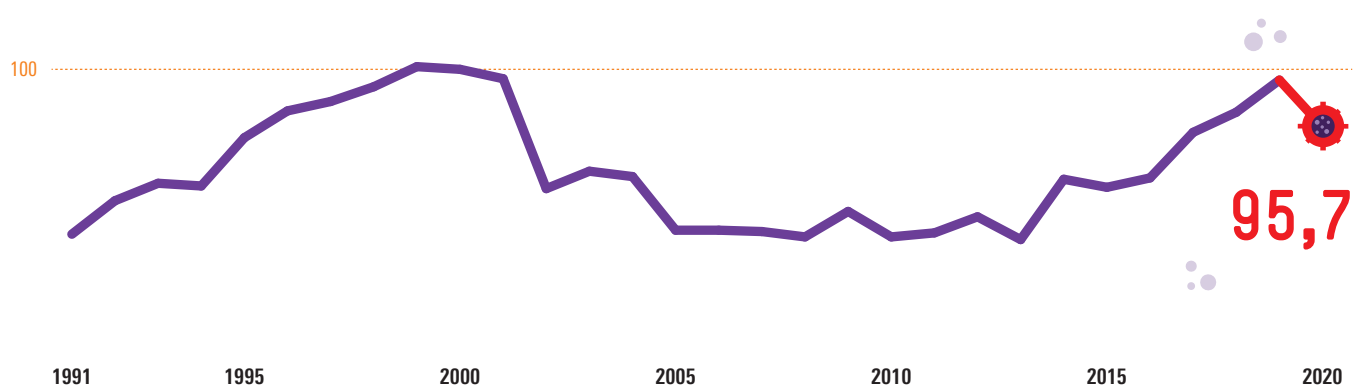
wirkte sich auch die staatliche Stabilisierungspolitik positiv auf den NWI aus: Kurzarbeitsgeld und Hilfszahlungen reduzierten Einkommensverluste. Trotzdem entstand 2020 unter dem Strich ein Wohlstandsverlust von gut 50 Milliarden Euro, vor allem, weil der Konsum der Privathaushalte stark abfiel.

Dabei hatte der NWI 2019 gerade einmal wieder das Niveau des Jahres 2000 erreicht. In den 2000er-Jahren war er deutlich gesunken, nachdem die Ungleichheit der Einkommen erheblich zugenommen hatte. Ob der Rückgang des Wohlstands durch die Coronakrise vorübergehend bleibt, hängt nach Analyse der Forschenden von den politischen Weichenstellungen in den kommenden Jahren ab. Wenn es gelingt, beim klimaneutralen Umbau der Wirtschaft auch den sozialen Ausgleich zu stärken, könne der NWI wieder deutlich steigen. <

Quelle: Benjamin Held, Dorothee Rodenhäuser, Hans Diefenbacher:
NWI 2021 – Rückgang der Wohlfahrt in der Corona-Pandemie,
IMK Policy Brief Nr. 115, Januar 2022 [Link zur Studie](#)

Wohlstand: Knick durch Corona

So entwickelte sich der Nationale Wohlfahrtsindex (NWI) ...



Zwölf Euro Mindestlohn sind unproblematisch

Die geplante Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns ab Oktober dürfte die Inflation kaum verstärken, auch nennenswerte Auswirkungen auf die Beschäftigung sind nicht zu erwarten.

Mehr als sieben Millionen Beschäftigte dürfen mit mehr Geld rechnen: Sie werden direkt von der Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf zwölf Euro pro Stunde profitieren, auf die sich die Ampelparteien im Koalitionsvertrag geeinigt haben. Ein Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministeriums sieht die Umsetzung für den 1. Oktober 2022 vor. Das angemessene Niveau für Lohnuntergrenzen, das unter anderem die EU-Kommission bei 60 Prozent des mittleren Lohns verortet, wird damit fast erreicht sein. Die Bundesbank glaubt indes, Wasser in den Wein gießen zu müssen: Sie warnt vor mehr Inflation durch den höheren Mindestlohn.

Inwieweit diese Befürchtungen berechtigt sind, hat ein Forscherteam von IMK und WSI analysiert. Das Ergebnis: Es ist allenfalls mit geringen Auswirkungen auf die Verbraucherpreise zu rechnen. Durch die Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro dürfte die Teuerung zur Jahresmitte 2023 kurzfristig um etwa 0,25 Prozentpunkte höher liegen, als es ohne Anhebung der Fall wäre. Der Effekt auf die Inflation würde schnell wieder abflauen, nach zwei Jahren läge sie genauso hoch wie ohne Mindestlohnanhebung. Zum Vergleich: Durch die zeitweilige Absenkung der Mehrwertsteuer hat die Inflation 2020 um gut einen Prozentpunkt abgenommen, nach der Wiederanhebung auf das alte Niveau 2021 um gut einen Prozentpunkt zugelegt. „Da die Simulationsergebnisse zugleich auch keine relevanten negativen Beschäftigungseffekte erwarten lassen, aber die reale Einkommenssituation von Millionen Mindestlohnbeschäftigten verbessert wird, ist diese Anhebung nicht nur aus einem sozialpolitischen, sondern auch aus einem makroökonomischen Blickwinkel zu begrüßen“, schreiben die Autoren.

Aus theoretischer Sicht könnte ein höherer Mindestlohn in mehrfacher Hinsicht das Preisniveau beeinflussen, erklären die Ökonomen. Zum einen sei davon auszugehen, dass das Einkommensplus bei den Mindestlohnbeschäftigten die Konsumnachfrage ankurbelt. Zum anderen könnten Betriebe gestiegene Lohnkosten für Preiserhöhungen zum Anlass nehmen. Langfristig müssten auch Auswirkungen auf die Produktivität und das Arbeitsangebot in Rechnung gestellt werden, die wiederum inflationsdämpfend wirken.

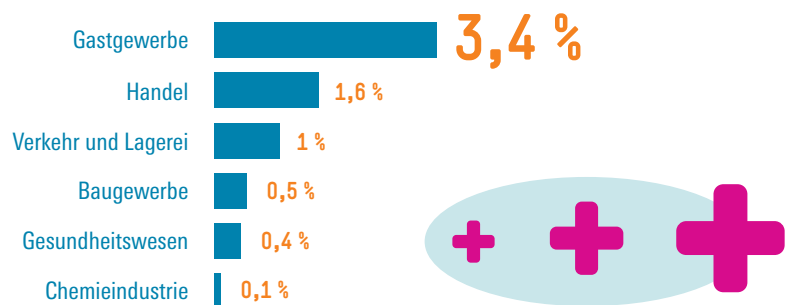
Um die Effekte abzuschätzen, haben die Forscher Simulationsrechnungen mit dem international etablierten NiGEM-Modell durchgeführt, das von verschiedenen Zentralbanken und internationalen Organisationen genutzt wird. Als Zeitpunkt der Mindestlohnanhebung auf zwölf Euro haben sie den 1. Oktober 2022 unterstellt. Um die Größenordnung des Lohnimpulses durch diese Anhebung beziffern und in das Modell einspeisen zu können, wurden die neuesten verfügbaren Lohndaten des Sozio-oekono-

mischen Panels (SOEP) aus dem Jahr 2019 bis zum vierten Quartal 2022 auf Basis der vergangenen Entwicklung fortgeschrieben. Auch die ausstehende Erhöhung des Mindestlohns auf 10,45 Euro zum 1. Juli wurde berücksichtigt.

Aus den Berechnungen ergibt sich ein gesamtwirtschaftliches Lohnplus von 0,6 Prozent durch die Erhöhung des Mindestlohns von 10,45 Euro auf 12 Euro. Die kurzfristigen Beschäftigungs- und Wachstumseffekte „sind gering und fallen in der Gesamtbetrachtung der Maßnahme kaum ins Gewicht“, stellen die Wissenschaftler fest. Zudem dürften sich die positiven Produktivitätseffekte, die nicht in die Simulation eingeflossen sind, mittel- und langfristig dämpfend auf das Preisniveau auswirken. Tom Krebs und Moritz Drechsel-Grau von der Universität Mannheim hatten kürzlich in einem an-

Mindestlohn: Wer von zwölf Euro profitiert

So wird sich laut IMK eine Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro zum 1. Oktober auswirken auf die Lohnsumme* in der Branche ...



*ohne Nebenjobs; Quelle: IMK 2022

Hans Böckler
Stiftung

deren Modell gezeigt, dass die Anhebung des Mindestlohns auf zwölf Euro langfristig Produktivität und Bruttoinlandsprodukts erhöht, weil sich die Beschäftigung im Niedriglohnbereich zu produktiveren Unternehmen verschiebt.

Auch sogenannte „Spillover-Effekte“, also steigende Löhne bei jenen, die derzeit schon knapp über zwölf Euro verdienen, würden laut IMK und WSI wenig an dem Ergebnis ändern: Wenn man annimmt, dass diese Effekte noch einmal halb so groß ausfallen wie die direkten Effekte, ergibt sich eine um 0,3 bis 0,4 Prozentpunkte erhöhte Inflation. „Selbst diese Größenordnung wäre aufgrund des temporären Charakters noch als moderat anzusehen und bedarf keiner geldpolitischen Reaktion“, urteilen die Ökonomen. Die Angst vor einer durch die Mindestlohnanhebung ausgelösten Lohn-Preis-Spirale erscheine unbegründet. <

Quelle: Sebastian Dullien, Alexander Herzog-Stein, Malte Lübker, Toralf Pusch, Thomas Theobald: Mindestlohnerhöhung auf 12 Euro beeinflusst Inflation kaum, IMK Policy Brief Nr. 116, Januar 2022 [Link zur Studie](#)

Betriebsräte modernisieren die Mitbestimmung

Die Digitalisierung wird zum zentralen Thema für viele Betriebsräte. Eine Studie zeigt, wie sich dadurch die tägliche Arbeit und das Selbstverständnis der Gremien verändern.

Die Aufgaben von Betriebsrätinnen und Betriebsräten werden komplexer. Sie müssen zurechtkommen mit schnelllebigem Märkten, technischem Fortschritt und uneinheitlichen Interessen der Belegschaften. Vor allem die zunehmende Digitalisierung stellt Betriebsratsgremien vor große Herausforderungen, wie eine Studie des Helex Instituts in Bochum zeigt. In einem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekt haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler neun Gremien über rund zwei Jahre begleitet, unter anderem bei Deutsche Telekom IT, Merck KGaA und SMS Group. Wichtig war den Forschenden der enge Austausch mit der Praxis – die Betriebsräte und Betriebsrätinnen konnten Einfluss auf den Forschungsprozess nehmen.

Die Interessenvertretungen erleben eine doppelte Transformation: Zum einen müssen sie die Digitalisierung zum Wohle der Beschäftigten und des Unternehmens mitgestalten. Zum anderen wandelt sich auch ihre eigene Arbeitsweise auf verschiedenen Ebenen. Meist vollziehen sich die Veränderungen in drei Phasen: Am Anfang steht das Auftauen bestehender Strukturen, darauf folgt eine Phase der Bewegung und der Neuausrichtung, anschließend das Verstetigen der neuen Konzepte.

Den Einstieg in den Veränderungsprozess bildet häufig die Einführung digitaler Tools. Dazu gehören zum Beispiel digitale Schwarze Bretter oder soziale Medien. Betriebsratsgremien treten durch Blogs oder per Videobotschaften mit der Belegschaft in Kontakt. Mithilfe von SharePoint oder Microsoft Teams werden Daten verwaltet, Aufgaben organisiert und Arbeitsabläufe vereinfacht.

Die Arbeit der Betriebsratsgremien verläuft nicht länger in klar abgegrenzten Strukturen, sondern orientiert sich an Kernteams, die je nach Bedarf und Kompetenz aus verschiedenen Mitgliedern zusammengesetzt werden. Es werden neue Arbeitskreise oder Ausschüsse gebildet, die sich schwerpunktmäßig mit den Herausforderungen der digita-

len Transformation auseinandersetzen. Elemente agiler Arbeit wie Scrum, LeanStartUp oder Design-Thinking kommen zum Einsatz. Auch in der Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber werden – häufig auf Initiative der Betriebsratsgremien – agile Methoden getestet. In sogenannten agilen Betriebsvereinbarungen sind Regelungen nicht unveränderbar festgelegt, sondern werden angepasst und ergänzt, wenn die Situation es erfordert und beide Parteien zustimmen. Einige der untersuchten Betriebsratsgremien agierten so fortschrittlich, dass sie die „Arbeitgeberseite in der Entwicklung zu überholen schienen“, schreiben die Forschenden.

Angestoßen durch die Neuerungen kommt es in einigen Gremien zu einem Prozess des Nachdenkens: Neue Rollen werden identifiziert, Verhaltensregeln verändern sich und auch das Selbstverständnis wandelt sich. Ein modernes Verständnis von Mitbestimmung bedeutet für viele Arbeitnehmervertreter und -vertreterinnen, die Arbeitsorganisation im Unternehmen ständig zu beobachten und neu auszuhandeln.

„Unzweifelhaft wird die Gestaltung der digitalen Transformation ein zentrales Handlungsfeld betrieblicher Interessenvertretungen sein. Sich als Gremium darauf vorzubereiten und zugleich die eigenen Ressourcen für eine starke Mitbestimmung neu aufzustellen, ist ein zukunftsweisender Weg“, schreiben die Forschenden. Die Beobachtung der verschiedenen Gremien habe gezeigt, dass die Probleme und Themen über Branchengrenzen hinweg ähnlich sind. Voneinander zu lernen und von den Erfahrungen der anderen zu profitieren, sei besonders wichtig, um die Transformation zu meistern. Gewerkschaften sollten Betriebsrätinnen und Betriebsräte unterstützen, indem sie ihnen „Beispiele guter Betriebsvereinbarungen“ vermitteln und den „Austausch innerhalb eines Netzwerkes“ ermöglichen. <

Quelle: Claudia Niewerth, Julia Massolle, Sandra Schaffarczyk, Christof Grabski: Betriebsräte in der doppelten Transformation. Ein Transferforschungsprojekt zur Organisationsentwicklung von Betriebsratsgremien, Study der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 468, Januar 2022 [Link zur Studie](#)

Wichtige Aufgaben, große Verantwortung

So viele Betriebsrätinnen und Betriebsräte sagen*, dass wegen der Digitalisierung ...



*eher, überwiegend oder absolut richtig; Quelle: Betriebsrätebefragung, Helex Institut 2022

Lückenhafte Grundsicherung

In Europa schützt Mindestsicherung meist nicht gegen Armut. Das Problem lässt sich nur lösen, wenn die Lücken in der allgemeinen Sozialversicherung geschlossen werden.

In fast allen europäischen Ländern gibt es eine Grundsicherung. Wie unterscheiden sich die verschiedenen Ansätze? Wie steht Deutschland im Vergleich da? Und wäre es besser, die bisherigen Systeme durch ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger zu ersetzen? Diese Fragen beantwortet Thomas Bahle von der Universität Mannheim in einem Beitrag für den von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Sammelband „Grundsicherung weiterdenken“. Der Sozialwissenschaftler vergleicht die verschiedenen Systeme sozialer Mindestsicherung in Europa und erklärt, welche Rolle sie im Gefüge des Wohlfahrtsstaats einnehmen.

Ziel der Mindestsicherung ist es, das soziale Existenzminimum der Empfängerinnen und Empfänger zu sichern. Darunter fallen in der Regel die Ausgaben für die notwendigen Dinge des Lebens wie zum Beispiel Nahrung, Kleidung oder Unterkunft. In vielen Ländern werden darüber hinaus Bedürfnisse wie Mobilität, Kommunikation oder Teilnahme an kulturellen und Freizeitaktivitäten berücksichtigt. Auch der Zugang zu Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung oder Pflege gehört meistens dazu. Damit soll die Mindestsicherung zum einen ein letztes Auffangnetz spannen, zum anderen gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Die Mindestsicherung allein könne jedoch „kein effektives Mittel zur Bekämpfung von Armut sein“, schreibt Bahle. Dafür seien die Leistungen zu niedrig, die Systeme zu heterogen und lückenhaft, in manchen Ländern generell zu wenig ausgebaut. In den meisten europäischen Ländern entsprechen die Zahlungen weniger als 50 Prozent des verfügbaren äquivalenzgewichteten Medianeinkommens. Nur in Finnland, Dänemark und den Niederlanden sowie in Irland und Großbritannien liegen sie darüber. Auch wenn sich die Mindestsicherungssysteme in Europa in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten einander etwas angenähert haben, bleiben grundlegende Unterschiede bestehen. Bahle differenziert zwischen fünf verschiedenen „Wohlfahrtsregimen“.



Südeuropa

In den südeuropäischen Ländern übernimmt die Familie nach wie vor einen großen Teil der Versorgung – entsprechend dürtig fällt die Absicherung durch den Staat aus. Bis zur Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 war Portugal das einzige Land in Südeuropa, das überhaupt ein Mindestsicherungssystem auf nationaler Ebene besaß. Nach der Krise haben Spanien, Italien und Griechenland mit dem Aufbau solcher Systeme begonnen. Der Zugang ist jedoch nach wie vor restriktiv.



Liberale Wohlfahrtsregime

Im liberalen Wohlfahrtsregime spielt die Mindestsicherung eine große Rolle. Der Grund dafür ist, dass die anderen Systeme der sozialen

Sicherung schwach entwickelt sind, etwa die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit oder die gesetzliche Rente. Die Mindestsicherung übernimmt also wesentliche Teile der wohlfahrtsstaatlichen Funktion. Das gilt zum Beispiel für Großbritannien und Irland.



Sozialdemokratische Wohlfahrtsregime

Im sozialdemokratisch geprägten Wohlfahrtsstaat sind die Leistungen der Mindestsicherung vergleichsweise gering. Das liegt daran, dass die anderen Systeme der sozialen Sicherung hoch entwickelt sind. Der Zugang zu diesen allgemeinen Systemen ist inklusiv, viele davon sind auf die ganze Bevölkerung gerichtet. Nur wenige Menschen, hauptsächlich solche mit persönlicher Migrationserfahrung, fallen überhaupt ins letzte Auffangnetz der Mindestsicherung. Schweden und Norwegen sind Beispiele für diesen Typ.



Konservative Wohlfahrtsregime

Zum konservativen Wohlfahrtsregime zählt der Forscher unter anderem Deutschland und Frankreich. Im Vergleich zu den südeuropäischen Ländern sind soziale Risiken weit stärker durch den Wohlfahrtsstaat als durch die Familie abgesichert. Es existiert aber meistens kein einheitliches Mindestsicherungssystem für alle Bewohnerinnen und Bewohner. Nicht nur werden verschiedene Gruppen unterschiedlich behandelt, einige sind de facto von der Mindestsicherung ausgeschlossen, in Deutschland zum Beispiel Studierende, für die es gesonderte Unterstützungsregeln gibt. Ältere, Arbeitslose und Alleinerziehende sind die Gruppen, die am häufigsten auf Mindestsicherung angewiesen sind. Auch was die anderen Systeme der sozialen Sicherung angeht, liegen die konservativen Länder zwischen den liberalen und den sozialdemokratischen Staaten.



Osteuropa

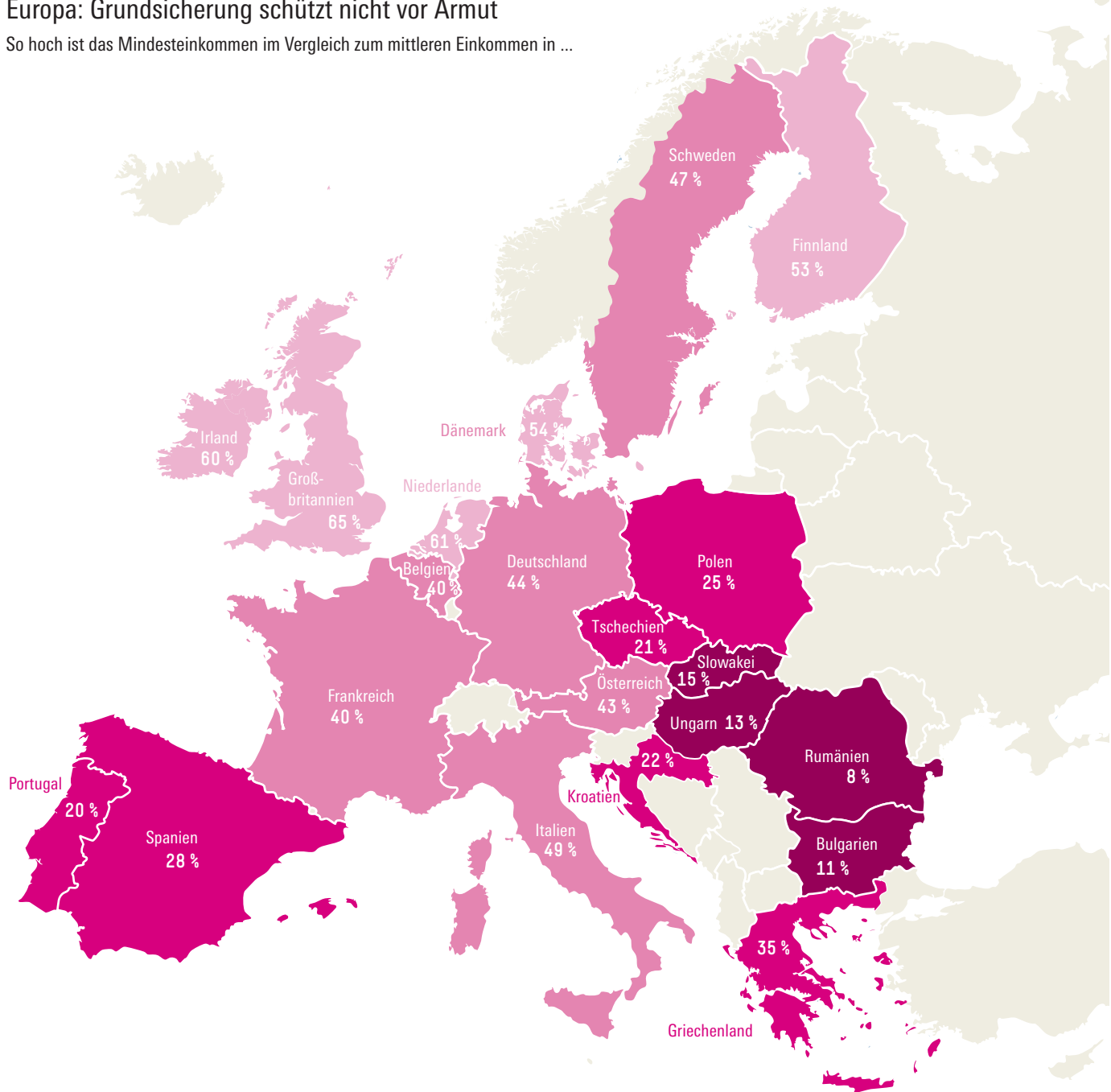
In den osteuropäischen Ländern ist das Niveau der Mindestsicherung in der Regel sehr niedrig, weshalb nur die extrem Bedürftigen überhaupt Leistungen bekommen. Strukturell ähneln die meisten osteuropäischen Länder den konservativen Wohlfahrtsstaaten, aber auf deutlich niedrigerem Niveau. In den südosteuropäischen Ländern spielt außerdem ähnlich wie in Südeuropa die Familie noch eine große Rolle. Insgesamt haben diese Länder eher rudimentäre Mindestsicherungssysteme, die nur wenige Bedürftige tatsächlich erreichen.

Fazit: Gefahr einer wachsenden sozialen Spaltung

Auf den ersten Blick sei die Mindestsicherung ein geeignetes Instrument, um sozial benachteiligte Menschen aufzu-

Europa: Grundsicherung schützt nicht vor Armut

So hoch ist das Mindesteinkommen im Vergleich zum mittleren Einkommen in ...



garantiertes Mindesteinkommen inklusive Wohnleistungen, alleinstehende Person; Quelle: OECD 2022

Hans Böckler
Stiftung

fangen, erklärt Bahle. Allerdings stehe sie zum einen oft nur bestimmten Gruppen und erst nach einer Prüfung der Bedürftigkeit offen. Zum anderen könne ein Ausbau als Vorwand dienen, um die Leistungen in den allgemeinen Sicherungssystemen zu senken, wie das Beispiel der „liberalen Staaten“ zeigt. Aus dem gleichen Grund ist der Autor gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürgerinnen und Bürger. Auch hier sieht er die Gefahr, dass die etablierten Systeme unter Druck geraten oder scheinbar überflüssig werden. „In einigen radikalen Vorschlägen zum bedingungslosen Grundeinkommen geht es tatsächlich um nichts anderes als um die Abschaffung des Sozialstaats.“

Besser, wenn auch mühsamer sei es, die allgemeinen, für alle offenen Sozialversicherungssysteme auszubauen. In Deutschland würde dies bedeuten, Selbstständige und

Menschen mit niedrigen Einkommen in diese Systeme zu integrieren. Statt alte Menschen auf die Grundsicherung zu verweisen, wäre eine Mindestrente innerhalb der allgemeinen Alterssicherung sinnvoll. Alleinerziehende sollten durch besser ausgebaute Maßnahmen zur Vereinbarung von Familie und Beruf zusätzlich unterstützt werden. „Jede Form der Mindestsicherung birgt die Gefahr einer wachsenden sozialen Spaltung. Lücken in der sozialen Absicherung sollten deshalb bevorzugt innerhalb und nicht unterhalb bestehender allgemeiner Systeme geschlossen werden“, schreibt der Forscher. <

Quelle: Thomas Bahle: Mindestsicherung im europäischen Vergleich, in: Florian Blank u.a. (Hg.): Grundsicherung weiterdenken, Transcript 2021
[Link zur Studie](#)

Mehr Hauptverdienerinnen

In einer steigenden Zahl von Haushalten erwirtschaften Frauen das Haupteinkommen. Es gibt jedoch keine Hinweise darauf, dass dies an veränderten Rollenbildern liegt.

Der Mann verdient das Geld, die Frau hütet Haushalt und Kinder. Das war einst das unangefochtene Standardmodell der familiären Arbeitsteilung. Abgelöst wurde es vom Hinzuverdienermodell, in dem die Frau zumindest den kleineren Teil des Erwerbseinkommens beisteuert. Im modernen Zweiverdienermodell schließlich kommen beide Partner auf ähnliche Einkommen. Vergleichsweise selten kommt es jedoch bis heute vor, dass die Frau die Hauptverdienerin, die „Familienernährerin“ ist. Allerdings nimmt der Zahl solcher Haushalte zu, wie eine Untersuchung von WSI-Forscher Wolfram Brehmer sowie Christina Klenner und Tanja Schmidt zeigt. Sie haben Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), einer regelmäßig wiederholten, repräsentativen Haushaltsbefragung, ausgewertet. Demnach hatten im Zeitraum von 2007 bis 2016 im Schnitt knapp 11 Prozent der Paarhaushalte in Deutschland eine Hauptverdienerin. Wobei die Quote im Laufe des Untersuchungszeitraums von 9,9 auf 11,9 Prozent gestiegen ist.

In zwei Dritteln der Haushalte verdienen die Männer mehr, ein knappes Viertel waren Haushalte „mit egalitärer Einkommenserwirtschaftung“. Die Grundgesamtheit bilden alle heterosexuellen Paarhaushalte – mit oder ohne Kinder. Als Familienernährer oder -ernährerin gilt, wer 60 Prozent oder mehr zum Haushaltseinkommen beiträgt. Kapitalerträge oder Sozialtransfers, die nicht unmittelbar einer Person zugeordnet werden können, bleiben außen vor.

Unter welchen Umständen werden Frauen nun zu Familienernährerinnen? Denkbar wären verschiedene Entwicklungen und Motive. Zum Beispiel könnten sich gut ausgebildete Frauen mit Karriereambitionen mit Männern zusammenschließen, die keine Selbstverwirklichung im Beruf anstreben, sondern sich ihre Energie lieber für die Kinder aufsparen. Tatsächlich ist die Bandbreite der Konstellationen recht groß, trotzdem konnten die Forschenden eine Reihe typischer Muster herausfiltern.

Unfreiwillige Familienernährerinnen

Der Faktor mit dem größten Einfluss ist der Erwerbsstatus des Mannes. Am häufigsten werden Frauen schlicht dadurch zu Hauptverdienerinnen, dass der Mann seinen Job verliert. In die gleiche Richtung wirkt – oft unfreiwillige – Teilzeit- oder geringfügige Beschäftigung des Mannes. Das erklärt den Forschenden zufolge auch einen Teil des Anstiegs der Zahl der Familienernährerinnen-Haushalte: In den Untersuchungszeitraum fällt die große Finanz- und Wirtschaftskrise, die gerade viele Männer ihren Arbeitsplatz gekostet oder ihnen zumindest Kurzarbeit beschert hat – ein Effekt, der auch in anderen europäischen Ländern die Haushalte mit Hauptverdienerin vermehrt hat.

Die Wahrscheinlichkeit für eine Familienernährerinnen-Konstellation steigt auch, wenn der Mann einen Migrationshintergrund und dadurch schlechtere Chancen am Ar-

beitsmarkt hat oder selbstständig ist. Eine gute berufliche Position der Frau erhöht die Chance, zur Hauptverdienerin zu werden, etwa wenn sie in einem gut bezahlenden Großbetrieb oder dem öffentlichen Dienst arbeitet.

Den größeren Teil des Einkommens verdienen Frauen oft auch dann, wenn kleine Kinder im Haushalt leben und die Väter Elternzeit nehmen oder wenn sich die Partner noch in der Ausbildung befinden. In Haushalten mit älteren Hauptverdienerinnen kann der Mann bereits aus dem Berufsleben ausgeschieden sein.

Die Haushalte von Familienernährerinnen zählen in aller Regel nicht zu den wohlhabenden. Knapp die Hälfte „rangiert in einer prekären Einkommenssituation“, so die Forschenden, und rund 20 Prozent sind „im strengen Sinne arm“. Daran ändert die Tatsache nichts, dass Hauptverdienerinnen häufiger als ihre Geschlechtsgenossinnen in traditionellen Familienarrangements akademische Abschlüsse haben und eine höhere berufliche Stellung bekleiden. Denn auf der anderen Seite haben rund 15 Prozent in der Gruppe der Familienernährerinnen keinen Berufsabschluss und knapp die Hälfte arbeitet in „niedriger beruflicher Stellung“.

Welche Rolle spielen Einstellungen?

Zumindest in einem der Untersuchungsjahre, nämlich 2012, wurde im SOEP auch die „Geschlechterrollenorientierung“ der Befragten erfasst, also ob die Interviewten eher eine traditionelle oder eine egalitäre Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann befürworten. Dabei findet das egalitäre Modell mit etwa 85 Prozent Zustimmung unter Familienernährerinnen zwar großen Zuspruch. Die Zustimmungsrate liegt jedoch sieben Prozentpunkte unter dem Wert für Frauen in Haushalten, die in Sachen Einkommen tatsächlich als egalitär einzustufen sind. Und „einen signifikanten Zusammenhang zwischen egalitären Geschlechterrollenorientierungen und der Einkommensrelation im Paarhaushalt“ konnten Brehmer, Klenner und Schmidt statistisch nicht nachweisen. Das bedeutet: Die Einstellung zu Geschlechterrollen wirkt sich offenbar nicht auf die Einkommensverteilung von Paaren aus. Die Forschenden kommen zu dem Schluss: „Dass Familienernährerinnen-Konstellationen auf bewusst gewählten Strategien der Paare beruhen, lässt sich anhand der verfügbaren Daten nicht bestätigen.“ Die meisten Paare planen nicht, dass die Frau den Löwenanteil der Erwerbsarbeit übernimmt, sondern geraten in die Situation hinein.

Ost und West

Ostdeutschland unterscheidet sich deutlich vom Westen – was nicht zuletzt an der längeren Tradition der Frauenerwerbstätigkeit liegen dürfte. Im Osten beträgt die Hauptverdienerinnen-Quote im Durchschnitt der untersuchten Jah-

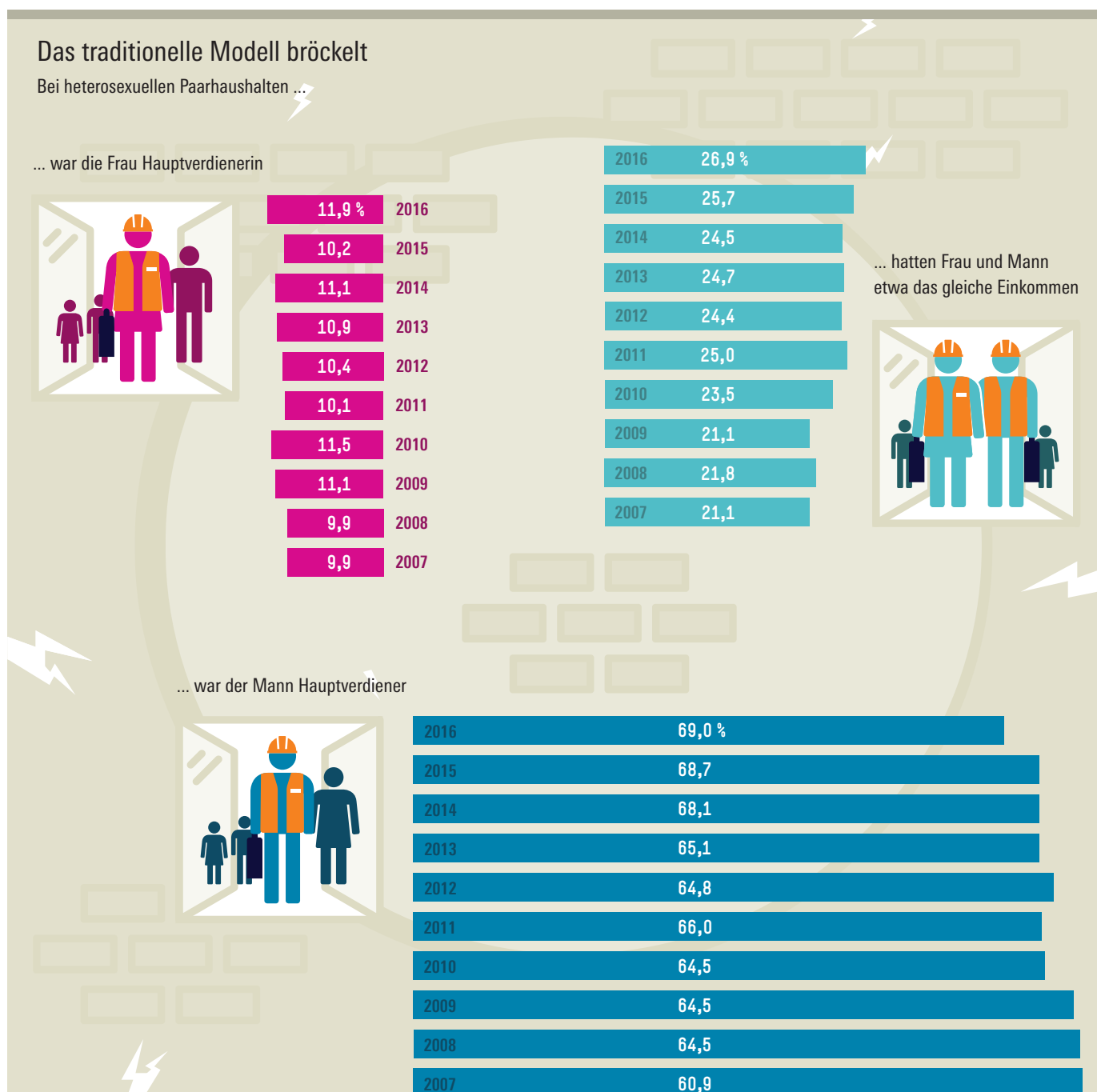
re 16,2 Prozent, im Westen nur 9,5 Prozent. Auch die mit dem Zusammenbruch der DDR-Industrie gesunkenen Einkommenschancen für Männer könnten ein Grund sein, vermuten die Forschenden. Einige der gefundenen Zusammenhänge gelten nur für einen von beiden Landesteilen. So erhöht ein akademischer Abschluss die Wahrscheinlichkeit, dass eine Frau Familienernährerin wird, nur in Westdeutschland, während bei Frauen im Osten keine signifikante Beziehung besteht.

Überholte Leitbilder

Auch wenn das Familienernährerinnen-Modell meist nicht aus Überzeugung gewählt wird, ist es ein Bestandteil der gesellschaftlichen Realität, konstatieren die Wissenschaftlerinnen und der Wissenschaftler. Und angesichts von Prekariierungsprozessen am Arbeitsmarkt, die besonders Männer mit eher geringer Qualifikation oder Migrationshintergrund

betreffen, sowie einer steten Verbesserung der Ausbildung und beruflichen Positionen von Frauen dürfte die Zahl der Haushalte mit Hauptverdienerin weiter zunehmen. Das müsse auch die Politik zur Kenntnis nehmen, die sich „gegenwärtig mit einer inkonsistenten Mischung von Regelungen und Leistungen teilweise am Bild des männlichen Familienernährers, teilweise an einem gleichberechtigten Zweiverdienermodell“ orientiert, schreiben die Forschenden. Auf „die neuen Familienkonstellationen mit Familienernährerinnen“ sei man „bisher nicht adäquat eingestellt“. Nötig sei zudem „eine konsequente Gleichstellung von Frauen und Männern im Beruf sowie eine bessere Vereinbarkeit von Fürsorge und Beruf für beide Geschlechter“. <

Quelle: Wolfram Brehmer, Christina Klenner, Tanja Schmidt:
Was macht Frauen in Deutschland zu Familienernährerinnen?
WSI-Report Nr. 70, Januar 2022 [Link zur Studie](#)



Quelle: WSI 2022

Hans Böckler
Stiftung

IMPRESSUM

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen, Dr. Kai Kühne,
Sabrina Böckmann

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-631

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · info@digiteam.de

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei
www.boecklerimpuls.de

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls.
Die Printausgabe können Sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns
eine E-Mail an redaktion-impuls@boeckler.de

Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe bestellen:
www.boeckler.de/impuls-bestellen.htm

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung
Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter:
https://www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

DUALE AUSBILDUNG

Was Jugendliche werden wollen

Die beliebtesten Ausbildungsberufe waren 2021 bei den ...

Frauen

Medizinische Fachangestellte	10,0%
Kauffrau für Büromanagement	9,7%
Zahnmedizinische Fachangestellte	7,7%

Männern

Kfz-Mechatroniker	6,5%
Fachinformatiker	4,8%
Anlagenmechaniker (Sanitär, Heizung, Klima)	4,7%

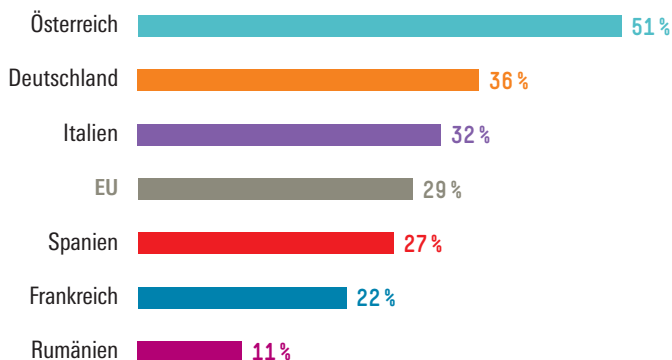
Anteil an den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen

Quelle: BIBB, Februar 2022 [Link zur Studie](#)

BRANCHEN

Internet der Dinge setzt sich durch

Geräte oder Systeme, die über das Internet ferngesteuert werden können, nutzen von den Unternehmen in ...

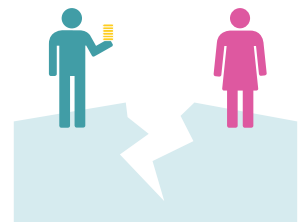


Quelle: Destatis, Januar 2022 [Link zur Studie](#)

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Mindestlohn verringert die Lohnlücke

Die Einführung eines allgemeinen Mindestlohns hat die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen reduziert, wie Ökonomen der Universität Potsdam in einer aktuellen Studie zeigen. Demnach sank der Gender Pay Gap im untersten Zehntel der Lohnverteilung in stark vom Mindestlohn betroffenen Regionen im Vergleich zu weniger stark betroffenen Regionen um 4,6 Prozentpunkte oder 32 Prozent. Im Mittel waren es 11 Prozent. Die Forscher erklären das damit, dass zwei Drittel derjenigen, die vor der Einführung weniger als 8,50 Euro verdient hatten, Frauen waren. <

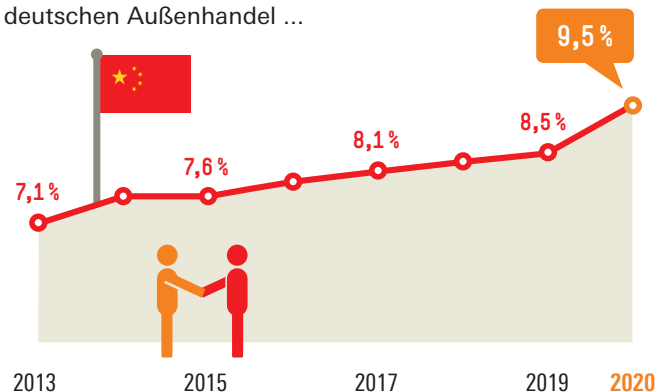


Quelle: IZA, Januar 2022 [Link zur Studie](#)

AUSSENHANDEL

Chinas Anteil wächst

Auf Geschäfte mit China entfielen vom gesamten deutschen Außenhandel ...



Quelle: Destatis, Januar 2022 [Link zur Studie](#)